

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich M. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr M. 15.00 einschließlich Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Pettzeile oder deren
aun 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 M., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 16

Februar 179.

Wildbad, Freitag, den 21. Januar 1921

Februar 179.

55. Jahrgang

Anrechnung und Erstattung der Kapitalertragsteuer.

Das Einkommensteuergesetz sieht in § 44 eine Begünstigung der Rentner mit geringem Einkommen in der Weise vor, daß die im vorliegenden Kalenderjahr nachweislich entrichtete Kapitalertragsteuer auf die im laufenden Jahr geschuldete Einkommensteuer unter nachstehenden Voraussetzungen angerechnet wird.

Der Steuerpflichtige muß über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert sein, seinen Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten. Außerdem muß sich sein Einkommen hauptsächlich aus Kapitaleinkommen oder aus Wartegehalt, Ruhegehalt oder Witwen- und Waisenpension und dergl. zusammensetzen. Die Gewährung der Vergünstigung ist in allen Fällen von einem besonderen Antrag des Steuerpflichtigen abhängig.

Die Anrechnung erfolgt bis jetzt bei einem steuerbaren Einkommen

von nicht mehr als 7500 M. in Höhe von 75 %, von nicht mehr als 10000 M. in Höhe von 50 %, von nicht mehr als 12000 M. in Höhe von 25 %.

Zu Erweiterung dieser Vergünstigung ist durch den Reichsminister der Finanzen verfügt worden, daß den Rentnern, deren Einkommen die steuerpflichtige Grenze nicht erreicht, die nachweislich entrichtete Kapitalertragsteuer auf Antrag bar zurückerstattet werden kann, soweit sie unter die oben genannten Voraussetzungen fallen.

Der Antrag auf Gewährung der Vergünstigung ist mit dem einwandfreien Nachweis zu verbinden, daß die Kapitalertragsteuer aus allen dem Antragsteller zuzurechnenden Kapitalerträgen tatsächlich in Abzug gebracht und an die Finanzkasse abgeführt worden ist. Die zur Erbringung des Nachweises dienenden Urkunden, wie Bescheinigungen der Finanzkasse über die Abführung der Kapitalertragsteuer, Bankauszüge über laufende Rechnungen, Sparpassbücher und Sparlöhnscheine, Depot-scheine der Banken, Wertpapierverzeichnisse, Buchschuldenurkunden usw. sind dem Antrag beizulegen.

Es ist selbstverständlich, daß nur die Beträge zur Anrechnung oder Erstattung angemeldet werden dürfen, die nachgewiesenermaßen an die Finanzkasse abgeführt worden sind. Wer weitergehende Ansprüche erhebt, macht sich straffällig.

Besonders hervorzuheben ist, daß die Schuldner von Darlehen, Hypotheken usw. verpflichtet sind, 10 v. H. von ihnen geschuldeten Zinsen einzubehalten und für Rechnung ihres Gläubigers innerhalb eines Monats an ihr Finanzamt gegen Empfangsbescheinigung einzubehalten, wobei Name, Wohnort und Wohnung des Gläubigers, Kapitalsumme, Zinssfuß, Zinsbetrag und Zeitraum, für den der Zins bezahlt wird, anzugeben ist. Die Empfangsbescheinigung, die der Schuldner von der Finanzkasse erhält, hat er seinem Gläubiger zuzustellen. Hat der Schuldner einen Gläubiger den vollen Zinsbetrag ausbezahlt, ohne die Kapitalertragsteuer in Abzug zu bringen, so ist der Gläubiger seinerseits verpflichtet, die Kapitalertragsteuer nachträglich an sein Finanzamt abzuführen. Schuldner und Gläubiger haften als Gesamtschuldner; eine Hinterziehung der Kapitalertragsteuer wird bis zum zwanzigfachen Betrag der hinterzogenen Steuer bestraft.

Schriftliche und mündliche Anträge auf Anrechnung oder Erstattung der im Kalenderjahr 1920 entrichteten Kapitalertragsteuer werden vom Finanzamt sowie von den Ortssteuerämtern in der Zeit vom 20. Januar bis 28. Februar ds. Js. entgegengenommen.

Für die Anträge sind besondere Vordrucke bei den genannten Ämtern erhältlich.

Rückschlag des Dollarkurses.

Der Kursstand des Dollars ist schon lange zu einer Art Barometer für den ganzen Wertpapiermarkt geworden. Mit dem Auf und Nieder im Dollarkurs ging es auch fast immer in den Effektenkursen auf und nieder. Das erscheint einigermassen begreiflich, obgleich für unsere Valutabewegung höchst unbegreiflich, wenn man sich überlegt, daß in unseren Beziehungen zum Ausland das Gewicht sich gerade besonders auf die Vereinigten

Staaten legt, denn dieses Land ist unser größtes Bezugsland, namentlich für Nahrungsmittel und infolgedessen auch das Land unserer größten Zahlungspflichtigkeiten. Nun ist man sich aber außerdem darüber einig, daß in den Vereinigten Staaten auch gewaltige Massen Marktbeträge im Umlauf sind, die seit langem schon Gegenstand der Spekulation sind. Dadurch müßte der Marktwert in New York von selbst schroffen Schwankungen ausgelegt sein. Ebenso umgekehrt, in Berlin. Wir haben denn auch voriges Jahr in den Preisnotierungen für den Dollar das größte Hin und Her erlebt, ein viel größeres jedenfalls, als in den übrigen Devisenkursen, und der Handel in Dollars war an der Berliner Börse zu einer Art Markt für sich geworden, an welchem gewaltige Umsätze zustande kamen. Der Kurs des Dollars schwankte voriges Jahr zwischen 31½ M. niedrigstem und 89½ M. höchstem Stand (letzteres im November). Das Jahr 1920 schloß mit etwa 73 M.

Seit einigen Tagen ist nun wieder Unruhe in den Dollarmarkt gekommen. Der Dollar ist unverhofft gefallen. Er flackert an der Berliner Montagbörse bis 61 M. hin und her. Am Dienstag kam er auf etwas über 62 M., wiederum bei weichender Tendenz (von 62.4 auf 62.2 M.).

Der Dollarkurs ist nun schon so zu einem Angelpunkt der ganzen Wertschwankung geworden, daß jedes neue starke Pendeln dieses Kurzes stets auch eine Welle Kurs-Bewegung auslöst. Das etwaige Verlassen des Dollarkurses verläßt stets die ganze Börse, auf welchen Grund dieses Verlassen des Dollarkurses, der natürlich eine ebensolche Verringerung unseres Marktkurses darstellt, zurückzuführen ist, darüber sind nur Mutmaßungen möglich. In die Bewegung der Wechselkurse spielen so viele Gesichtspunkte mit hinein (Warenbezüge und deren Bezahlung, Spekulation, Effektenkäufe oder -Verkäufe und anderes mehr), daß die wahren Gründe im Einzelnen nur schwer zu durchschauen sind. Möglich ist aber, daß die jetzige große Stockung in der Ausfuhr der Vereinigten Staaten eine Rolle spielt.

Reichstag.

Berlin, 20. Jan.

Mit einer kurzen Ansprache, schlicht und würdig, aber nicht gehobene gestern, als der Reichstag wieder nach vierwöchiger Pause zusammentrat, Präsident Löbe (C.) der Reichsgründung vor 50 Jahren. Die Rede wurde vom Hause beifällig aufgenommen, mit Ausnahme der äußersten Linken. Abg. Levi (Kommunist) protestierte gegen die „Kundgebung für den Nationalismus“. Und als der Präsident dem verstorbenen früheren Reichskanzler Bethmann Hollweg einen Nachruf widmete, den die Abgeordneten stehend anhörten, blies die Linke sitzen. „Er ist ein Kriegsschuldiger!“ tönte es von links.

Hierauf trat das Haus, um nicht aus der Gewohnheit zu kommen, in die Besprechung von Großen Anträgen ein. Zuerst kam der Belagerungszustand in Bayern an die Reihe, dessen Aufhebung die Unabhängigen beantragten. Der Reichsminister des Innern, Koch, wies die Antragsteller darauf hin, wie unpolitisch, ja gefährlich es sei, in der schweren Zeit des Übergangs die Reichsgewalt gegen einen Bundesstaat aufzurufen. Der Ausnahmezustand in Bayern sei durch den Kommunistenaufruf von 1919 hervorgerufen und noch heute gerechtfertigt. Die Reichsregierung würde aber, wenn die Beunruhigung der Bevölkerung zunehmen sollte, das Weiterbestehen für bedenklich halten. Gegenüber dem Abg. Vogel (Soz.), der ebenfalls die Aufhebung forderte, erklärte der bayerische Staatssekretär Schweser, der Ausnahmezustand sei von dem früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoffmann eingeführt worden. Er sei aber allerdings auch heute noch nicht zu entbehren. Wenn Ruhe und Ordnung in Bayern gewährleistet seien, dann werde die Regierung nicht zögern, ihn aufzuheben. Abg. Emminger (Bayer. Volksp.) wartete mit Schilderungen aus der Kommunistenzeit auf, unterteilt mit dem Erlanger Theologienforscher Abg. Strathmann (Deutschn.), der zugleich gegen die Vormachtstellung Berlins im Reich Einspruch erhob, was hinwiederum den Minister Koch zu einer Entgegnung in die Schranken rief. Ein besonderes Reichsgesetz über den Ausnahmezustand

set in Vorbereitung, dessen Vorlegung er abzuwarten bitte. Abg. Marešky (D. Volksp.) rühmt unter dem lebhaften Widerspruch der Linken die musterhafte Ordnung, die jetzt in Bayern herrsche. In beträchtlicher Erregung beendete sich das Haus, als der Präsident um ¼ 8 Uhr abends die Sitzung abbricht.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um ¼ 3 Uhr. Haus und Tribünen sind schwach besetzt. Der Präsident begrüßt die Versammlung und gedenkt des gestrigen Tags, der 50jährigen Jubelfeier der Reichsgründung. Wir haben die Pflicht, den Bund der Einheit zu wahren und dem Tag entgegenzuarbeiten, an dem niemand mehr wagen wird, die Einheit Deutschlands im Rang der Völker zu bestreiten. Wir sehen auch mit Ruhe dem Tag entgegen, an dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch den zur Zeit von uns abgetrennten Stammesbrüdern und auch den Völkern Oesterreichs zugute kommt. Erst dann wird die deutsche Einheit vollkommen sein.

Den Nachruf an den verstorbenen Abg. Vogel und den früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg liest das Haus stehend an.

Der Belagerungszustand in Bayern.

Auf der Tagesordnung steht der Antrag Aberhold (USP.) betr. Aufhebung der von der bayerischen Regierung auf Grund des Artikels 48, Abs. 4 für Bayern getroffenen Maßnahmen.

Abg. Soltmann (S.) begründet den Antrag.

Reichsminister des Innern Dr. Koch erklärt, daß die Reichsregierung zur Nachprüfung der Notwendigkeit des Ausnahmezustands mit der bayerischen Regierung in Verbindung getreten ist. In Bayern würde der Ausnahmezustand begründet, nachdem die Bevölkerung die schwere Not der Kommunistenherrschaft durchgemacht hat. Von einer Verschärfung auf Aufrechterhaltung des Belagerungszustands tritt die Reichsregierung ab.

Bayer. Staatssekretär Schweser gibt einen Überblick über die bayerischen Verhältnisse. Die Rechtmäßigkeit der Verordnung kann nicht bezweifelt werden. Die Schuld an dem Ausnahmezustand tragen die Linksparteien mit ihrer Hege.

Abg. Vogel (S.): Die Verordnung sollte eine vorübergehende sein. Der bayerischen Regierung aber ist sie ein willkommenes Werkzeug der Reaktion.

Abg. Emminger (Bayer. Sp.): In Bayern empfinden nur ganz verschwindend kleine Kreise das Bestehen des Ausnahmezustands als Härte. Unter der ersten Volksregierung haben in Bayern unerträgliche Zustände bestanden. Den Unabhängigen gegenüber ist Vorlicht geboten.

Abg. Strathmann (D.nat.Sp.) betont, daß es in Bayern notwendig sei, alles zu tun, um die Staatsautorität zu stärken. In Süddeutschland will man von Berlin nicht wissen. Berlin gilt als Schleierzentrale.

Reichsminister Koch widerspricht den Ausführungen des Abg. Strathmann insoweit, als dieser ausgeführt habe, die bayerische Regierung brauche sich um die Reichsregierung nicht zu kümmern. Die Reichsregierung lehnt es aber ab, in den Ländern die Polizeigewalt auszulösen.

Abg. Marešky (D.Sp.): Die Erbitterung der Linksparteien gegen den Ausnahmezustand ist lediglich von Parteirücksichten diktiert.

Abg. Wieland (D.D.P.): Überstürzter Abbau der Verordnung der Belagerungszustand wäre bedenklich.

Hier wird abgebrochen.

Berlin, 20. Jan.

Das Haus ist wieder nur schwach besetzt.

Die Anträge über die Vorgänge in Oberschlesien sind einstweilen abgelehnt. Das Haus wandte sich dem Entwurf über die vorläufige Regelung des Reichshaushalts zu, bei dem die Teuerungszulagen für die Beamten den Hauptteil ausmachen.

Abg. Pletner (Komm.) wirft der Beamtenbeihilfen-Verschleppungspolitik treibe, weil sie zu den konkreten Fragen nicht Stellung nehmen wolle.

Abg. Bräuning (USP.): Seine Partei wolle sich nicht mit neuen Forderungen heranzusetzen, weil die gewerkschaftlichen Organisationen sich festsetzen haben.

Zu dem Entwurf betreffend den Optionsvertrag zwischen dem Reich und Dänisch führt Abg. Schütz-Bromberg (D.nat.Sp.) Klage über die Behandlung der deutschen Optionen durch die Polen. Die Schaffung einer deutschen Behörde sei dringend nötig, da uns sonst 100.000 Wahlstimmen verloren gehen.

Abg. v. Kemnitz (D.Vo.) hofft, daß möglichst wenig Dänischer von dem Optionsrecht Gebrauch machen, sondern es vorziehen, deutsch zu bleiben.

Der Entwurf wird in 1. und 2. Lesung angenommen, desgleichen der Gesetzentwurf betreffend das deutsch-französische Abkommen über Erstattung der von Elsaß-Lothringen geleisteten Kriegsausgaben.

Das Haus tritt nunmehr in die gestern unterbrochene Aussprache über den bayerischen Ausnahmezustand ein.

Abg. Dr. Spohn (S.): Wenn die Verfassung erlassen ist, um besetzt zu werden, auch von den nichtberechtigten Reichsangehörigen (Sehr gut und Heiterkeit.) so wird man die Reichsangehörigen gegen die Reichsangehörigen, die den Umsturz der Verfassung zum Ziel ihrer politischen Tätigkeit gemacht haben, nicht für übertrieben ansehen können. Die Maßnahmen gegen den Einzelnen sind vorübergehend; dauernd ist nur der ungeheure Zustand der Bekämpfung der Verfassung. Artikel 48 der Verfassung

Seine Handhabung ist in die Hände des Reichspräsidenten und der Landesregierungen gelegt. Der Reichspräsident hat der bayerischen Verordnung zustimmt. Von einem Verfassungsbruch kann nicht die Rede sein. Der Ausnahmezustand soll nur aufrecht erhalten bleiben, solange die Verfassung dauert. Nachdem eine sozialdemokratische Regierung (Hörsing) die Maßnahmen beschlossen hat, und zwar als dauernde, lehnt sich die gegenwärtige Regierung einer besonders schweren Verantwortung aus, wenn sie sie aufheben würde. Die bayerischen Maßnahmen dienen der Verhütung, (Lebensvoller Vorkauf im Zentrum.)

Abg. Thomas (Komm.) erweist die bayerische Regierung auf das heftigste an und wendet sich namentlich gegen die Volksverleumdung, deren Urteile viel zu hart seien.

Abg. Thomas-Schwanen (S.) Die Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß der Artikel 48 der Reichsverfassung notwendig ist, daß aber der Ausnahmezustand unter keinen Umständen zu einer dauernden Einrichtung werden darf.

Neues vom Tage.

Die Deutungsfrage im Besoldungsgesetz.

Berlin, 20. Jan. Im Reichsrat teilte Ministerialdirektor Sachs mit, der Mehraufwand infolge der neuen Beamteneulagen betrage für das Reich, ohne die Bundesstaaten und Gemeinden, 3,2 Milliarden Mark. Die Vertreter der Staaten stimmten den Teuerungszuschlägen an sich zu, die Ausschüsse fügten aber dem Gesetzentwurf einen Artikel 3 hinzu, nach dem aus den Erträgen der antizipiert der Zulagenenerhöhung erforderlichen neuen Steuern (Art. 2) den Bundesstaaten ein solcher Anteil zu überweisen ist, daß der Mehraufwand der Staaten und Gemeinden daraus gedeckt werden kann. Inzwischen ist der Mehraufwand der Staaten und Gemeinden allgemein aus der Reichskasse zu bestreiten. Zu diesen Beschlüssen bemerkte Reichsfinanzminister Dr. Wirth, die Reichsregierung werde dem Reichstag eine Sondervorlage ohne den eben beschlossenen Artikel 3 zugehen lassen. Das sei zwar ein ungewöhnlicher Schritt, aber der Beschluß des Reichsrats sei von solcher Tragweite, daß der Reichstag dazu besonders Stellung nehmen müsse. Das Reich könne sich zu einem so weitgehenden Schritt für die Gemeinden nicht bereit erklären, er wäre auch bei der günstigeren Lage sehr vieler Gemeinden nicht gerechtfertigt. Die Reichsregierung sei bereit, der Kollage der Beamten nach den getroffenen Vereinbarungen abzuhelfen, sie müsse aber auch die finanzpolitische Seite betonen. Der Reichsrat nahm darauf die Vorlage mit den drei Artikeln einstimmig an.

Leipart Vorsitzender des Gewerkschaftsbunds.

Berlin, 20. Jan. Der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbunds wählte den Leiter des Holzarbeiterverbands, Theodor Leipart (früher Arbeitsminister in Württemberg) anstelle des verstorbenen Legien zum Vorsitzenden.

Sozialdemokratische Regierung in Mecklenburg.

Berlin, 20. Jan. In Mecklenburg-Schwerin ist ein rein sozialdemokratisches Ministerium gewählt worden, da die Demokraten sich der Abstimmung enthielten.

Aufstand im Ruhrgebiet?

Münster i. W., 20. Jan. Die Staatsanwaltschaft hat bei den Führern der Kommunisten in Essen, Düsseldorf, Oberfeld und Lünen (bei Dortmund) Hausdurchsuchungen vornehmen lassen. Mehrere Führer wurden verhaftet. Nach der „Westf. Provinzialkorrespondenz“ sind schwerbelastende Beweise für das Bestehen eines bewaffneten Roten Heers gefunden worden.

Steigender Schiffsverkehr in Hamburg.

Hamburg, 20. Jan. Seit dem Kriegsende war der beste Stand der im Hamburger Hafen eingelassenen Seeschiffe im Dezember 1918 mit nur 23.823 Netto-Registertonnen erreicht (sodell wie im Jahr 1855). Im Dezember 1919 betrug die Tonnagezahl 240.085, im Dezember 1920 stieg sie auf 644.391.

Die Abtragung der Kriegsschuld.

Paris, 20. Jan. Der „Temps“ meldet, der von

Berlin eskandale Staatssekretär Bergmann habe auf den französischen Vorschlag, fünf Jahre hindurch Sachleistungen im Wert von je 3 Milliarden Goldmark zu machen, im Auftrag der Reichsregierung erklärt, Deutschland sei zu Verhandlungen auf dieser Grundlage bereit, es wolle sich aber nicht auf 3 Milliarden verpflichten; sie würde die gesamte Schuldenfestsetzung vorziehen.

Im „Echo de Paris“ schreibt Bertinaz, die deutschseits beantragte Festsetzung der Entschädigung bis 1. Mai werde nicht angenommen. Man werde den Deutschen in einigen Stücken entgegenkommen. So werden ihnen die 300.000 Tonnen Schiffsraum, die sie noch abzuliefern hätten, erlassen. Es stehe noch nicht fest, ob man die Kosten der Besatzungsarmee, die nach dem Friedensvertrag 240 Millionen Goldmark nicht übersteigen sollen, in die Jahreszahlungen verrechnet. Als Schutzmaßregeln, falls Deutschland sein Wort nicht hält, seien vorgezogen: Beschlagnahme der Zölle und verschiedener Monopole bzw. Einrichtung von solchen, wie z. B. eines Salzmonopols. Der englische Geschäftsträger in Berlin, Lord Abernon, habe betont, wenn die Entschädigungsüberbringer nicht bis 1. Mai festgesetzt wären, würde dies ein Verstoß gegen den Friedensvertrag sein. „Man erklärt“, diese Abänderung des Friedensvertrags müsse die Zustimmung der anderen Länder, in erster Linie Deutschlands erhalten.

Ueber die Verhandlungen mit Bergmann teilt Bertinaz mit, daß dieser am Dienstag erklärt habe, er nehme die Jahreszahlungen an, aber nur in Höhe von 2 Milliarden Goldmark jährlich, wobei die Barzahlungen nicht mehr als 500 Millionen betragen dürften. Außerdem verlange er noch allerhand Zugeständnisse. Die verbündeten Sachverständigen hätten sich daraufhin entschlossen, ihr Programm festzusetzen, ohne weiter den Versuch zu machen, mit den Deutschen zu einem Einverständnis zu kommen. Bertinaz bekämpft das Programm der Verbündeten und tritt für Gewaltanwendung ein.

Barthou für Herabsetzung der Dienstzeit.

Paris, 20. Jan. Nach dem „Matin“ erklärte der neue Kriegsminister Barthou, er trete für eineinhalbjährige Dienstzeit im Heer ein. Es wäre unter den veränderten Verhältnissen ein Verbrechen, Frankreich eine Last aufzuerlegen, die über die Erfordernisse der Landesverteidigung hinausgehe. (Barthou hat vor dem Krieg die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich durchgesetzt.)

Die „letzte Gelegenheit“.

Paris, 20. Jan. Nach Reuters soll man in London der Ansicht sein, die Deutschen müßten sich darüber Rechenschaft ablegen, daß die Pariser Konferenz ihnen die letzte Gelegenheit biete, in der Entschädigungsfrage entsprechende Vorschläge zu machen. Die Forderungen der Verbündeten seien „sehr vernünftig“ und es seien zahlreiche Zugeständnisse gemacht worden. Wenn die deutschen Vertreter keine greifbaren Vorschläge vorbringen, dann müßten die Verbündeten ohne die Beihilfe der deutschen Sachverständigen handeln.

Die Erklärung der französischen Regierung.

Paris, 20. Jan. Ueber die heute in der Kammer abgegebene Erklärung der französischen Regierung meldet Havas: Die Erklärung legt dar, auf welcher Grundlage und zu welchem Zweck das Kabinett gebildet wurde, das sich stützen wird auf eine breite republikanische Mehrheit, die festhält an den Verfassungsmeinungen und entschlossen ist, die diesbezüglichen Gesetze zur Geltung zu bringen. Die willige Mitwirkung und die Disziplin dieser Mehrheit ist unerlässlich, wenn man schnell zur Durchführung der verlangten sozialen Reformen gelangen will. Die Regierung läßt das Parlament ein, sich mit ihr zu vereinigen, um eine Politik des Vertrauens und der Zusammenarbeit in Ordnung und Gesetzmäßigkeit zu verwirklichen. Das militäri-

sche Programm wurde schon von dem vorigen Kabinett in vollem Einvernehmen mit den militärischen Stellen unterbreitet. Die Vorschläge sehen die Bedingungen vor, unter welchen besonderen Garantien an eine Herabminderung der Dienstzeit herangezogen werden könnte. Die Regierung wird sich für ihre Verwirklichung einsetzen.

Dann wird die Finanzfrage behandelt, die völlig beherrscht und selbst bedingt sei durch das überragende Problem der von Deutschland geschuldeten Entschädigung. Es müsse ein umfangreiches, wirtschaftliches Erneuerungsprogramm ausgeführt und Anstrengungen gemacht werden, um die Ausgaben den Einnahmen des Staatshaushalts anzupassen. Andererseits müsse die Regierung, die die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete zu beschleunigen trachte, sich dafür einsetzen, von Deutschland die Ausführung des Friedensvertrags zu verlangen, ohne auf die Gewalt zurückzugreifen, wenn Deutschland sich geneigt zeige, seine Verpflichtungen sowohl hinsichtlich der Entschädigung, wie hinsichtlich der Bezahlung der Schäden innezuhalten. Deutschland gegenüber empfehle sich die Beibehaltung der auf den Schlachtfeldern gefestigten Bündnisse. Dies sei nicht weniger nötig, um die Beständigkeit der auswärtigen Politik zu sichern.

Im Osten werde sich Frankreich einsetzen für die Aufrechterhaltung und Festigung seiner erworbenen Rechte aus den Jahrhunderte alten Ueberlieferungen. Bezüglich Russlands werde das neue Kabinett dem Volk weitere Handelsfreiheit gestatten, aber nicht die politischen Beziehungen mit der Sowjetregierung aufnehmen, solange diese nicht Garantien dafür gegeben hat, daß sie entschlossen sei, den frei ausgedrückten Willen des russischen Volks zu achten und gleichzeitig auch die internationalen Verpflichtungen, die von den früheren russischen Regierungen eingegangen worden sind.

Vom Völkerbund.

Genf, 20. Jan. Der österreichische Minister des Äußern hat dem Sekretariat des Völkerbunds in Genf mitgeteilt, daß die österreichische Regierung den Legationsrat Emmerich Pflügel als Vertreter Oesterreichs beim Völkerbundsekretariat ernannt hat, wie z. B. Griechenland, Polen und Rumänien Vertreter beim Sekretariat bezeichnet oder Bureaus in Genf eingerichtet haben.

Genf, 20. Jan. Professor Attolico, der in Vertretung des Generals Daking die Geschäfte des Oberkommissars für Danzig führt, hat den Völkerbundsrat durch das Sekretariat ersucht, den Präsidenten des Verwaltungsrats für den Hafen Danzig zu bezeichnen.

Krieg im Osten.

Paris, 20. Jan. Die „Rufanion“ meldet aus Helsingfors, die Roteregierung habe die 7. und die 15. Rote Armee an der polnischen Grenze zusammengezogen. In der nächsten Zeit sollen noch acht Kavalleriedivisionen und viel Artillerie an der Grenze ankommen. Der Generalstab habe einen Plan ausgearbeitet für einen Angriff in Richtung Schanlen-Koischedari und Wilna.

Kämpfe in Anatolien.

Basel, 20. Jan. Die „Information“ meldet aus Konstantinopel, vier griechische Divisionen seien westlich von Bursa in fünfstündiger Schlacht von dem nationaltürkischen Heer Kemal Paschas vollständig geschlagen worden. Die Griechen zogen sich in voller Auflösung zurück, verfolgt von den Türken. Eine Division verlor 6000 Gefangene.

Zwischen Kosaken Wrangels und schwarzen Franzosen entspann sich am Samstag bei Konstantinopel ein Kampf, in dem 10 Senegalneger getötet, 2 weiße Offiziere und 20 Neger verwundet wurden.

Die Krise in Persien.

Paris, 20. Jan. Havas meldet aus Teheran, der Schah habe in einer Zusammenkunft der Würdenträger er-

Ein Frühlingstraum.

Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehne. (Nachdruck verboten.)

„Ach, das ist ja alles Unsinn und schöne Phrasen! Das einzig wahre richtige Glück findet man nur in der Ehe und lernt es da kennen, vorausgesetzt, daß man auch den Richtigen bekommen hat! Sehen Sie meinen Alten und mich an — wenn wir uns auch öfter zanken, verstehen wir uns doch und sind uns von Herzen gut! Wir sind eben beide ein bißchen hipzig — na, Sie wissen es ja selbst! — Aber wie könnten Sie es haben! Ueberlegen Sie es sich richtig! Alfred Kornelius ist ein liebenswerter Mann, dabei vermögend — hübsch — angesehen —“

„Das weiß ich alles, Liebste, er ist so gut und sympathisch, und ich habe ihn auch als Freund lieb — seine Frau kann ich aber doch nie werden!“

„Und warum nicht? Dann sind Sie wohl gar —?“ Sie vollendete aber nicht, da sie selbst über das, was sie sagen wollte, erschrocken war. Mary lächelte etwas. „Vollenden Sie ruhig, ich weiß, was Sie sagen wollen! Nein, nein, ich bin keine Frau, weder eine davon-gelaufene, noch eine geschiedene — von der Seite ist also kein Hindernis da.“

„Nun ja, das würde meine Freundin auch geschrieben haben — aber —“

Mary schlang ihren Arm um die kleine rundliche Frau. „Nein, nein, ich bin nichts Abenteuerliches, sonst hätte mich Ihre hochherzige Freundin, Frau Doktor Walter, gar nicht bei sich aufgenommen und dann hierher geschickt! — Ich war nur ein armes freudloses Mädchen, das jetzt einzig in Dienst der heiligen Liebe ihren Lebensberuf sieht — nach einer bitteren trüben Erfahrung, die alle Herzensfreudigkeit und Lebenslust vernichtet hat! Das ist alles, Liebste! Und nicht wahr, nun dringen Sie nicht weiter in mich, wenn Sie mir die Zustuchtsstätte hier bei

Ihnen nicht rauben wollen! Später vielleicht erzähle ich Ihnen alles; jetzt kann ich noch nicht! Haben Sie Geduld mit mir! — Ich bin Ihnen ja so dankbar, Liebe, Teuerste, und es tut mir leid, gegen Ihren Willen zu handeln! Doch glauben Sie mir, ich kann nicht anders! Dr. Kornelius ist mir viel zu lieb, als daß ich ihn unglücklich machen sollte — er muß eine Frau haben, die ihm ein ganzes volles Herz entgegenbringt — und das kann ich nicht mehr — mein Herz ist tot!“

„Aber Ihre Kranken, Konjuelo, die für Ihre Güte schwärmen —“

„Das ist auch etwas anderes! Das ist unendliches Mitleid mit dem Leid anderer! Würde Alfred Kornelius mit Mitleid sich begnügen? Nein! Er will mehr — und das kann ich nicht geben!“

„Ich bekenne mich überwunden, Konjuelo! Manch eine hätte trotzdem zugegriffen, ohne sich zu beirren — schon wegen der guten Versorgung — aber so sind Sie ja nicht! Es tut mir ja furchtbar leid, auf meinen Lieblingswunsch verzichten zu müssen, Euch beide als Mann und Frau zu sehen!“ — und in einen anderen leichteren Ton übergehend — „na, nun will ich mal sehen, was Ihre demüthigen angerichtet hat — wird eine nette Beschlerung sein! — Aber nach Tische, Kindern, legen Sie sich nieder, und schlafen noch tüchtig, damit Sie ordentlich Kraft für die nächsten Tage haben, Sie Dickkopf!“ Und zärtlich lächelte sie das Mädchen auf die Wangen, ehe sie nach der Küche ging. —

Mary aber kniete in heißem Fieber nieder. Ueber ihr weißes Gesicht tropften große Tränen. „Lieber Gott, gib mir Kraft für die kommenden Tage, wenn ich ihn wiedersehen werde! Siehe mir bei, und rette sein Kind!“

V.

Pünktlich nach seiner Sprechstunde stellte sich Dr. Kornelius ein. Mary hatte schon alles zurechtgelegt, was sie nötig hatte, und so konnten sie sich ohne längeres

Verweilen auf den Weg machen. Anfangs herrschte ein peinliches Schweigen zwischen beiden; der junge Arzt konnte die Abneigung am Vormittag nicht vergessen; aber Mary war so lieb und herzlich, um ihre Weigerung abzuhärten, gut zu machen — sie brachte ihn durch geschickte Fragen aus seiner Bekommenheit. — Je näher sie dem Hause kamen, welches Hauptmann Wolfsburg bewohnte, desto heftiger schlug ihr Herz. Wenn sie ihn nur nicht sofort sah — das Begegnen mit seiner Frau wollte sie gern überstehen — dazu fühlte sie Mut und Kraft genug — aber er — wenn sie wieder in seine dunklen Augen blicken sollte, seine tödliche Stimme wieder an ihr Ohr schlug — sollte das nicht zu viel sein? Aber sie wappnete sich mit der ganzen Selbstbeherrschung, die ihr Beruf erforderte — dann würde sie auch das überstehen! —

„Frau von Wolfsburg ist eine schöne elegante Frau,“ bemerkte ihr Begleiter, „mir ist sie aber nicht besonders sympathisch; sie ist sehr launenhaft und oberflächlich; ich glaube nicht, daß der Hauptmann glücklich an ihrer Seite ist! — Sie sehen mich verwundert an, Schwester, und denken gewiß, der Kornelius ist eine richtige alte Klatschbabe; wozu sagt er das alles! — Aber sehen Sie, ich habe Gelegenheit, öfter mit Hauptmann Wolfsburg zusammen zu kommen und ich schätze ihn als einen der besten, edelsten Männer, die ich kenne — und nicht ich allein habe diese Meinung, auch Dr. Hamann und viele andere. — Daher auch das Interesse für seine Familie! — Ah, wie ich sehe, sind wir jetzt angelangt!“

Wenige Minuten später standen der Arzt und die Pflegerin im Krankenzimmer. Gabriele saß am Bett; sie erhob sich schnell, als die beiden eintraten. „Gut, daß Sie da sind, Doktor!“ sagte sie, „ich weiß mir kaum zu helfen. Daffo kennt mich in seinen Fieberphantasien nicht; ich vermag ihn kaum im Bett zu halten; Fräulein kann mir auch nichts nützen.“

(Fortsetzung folgt.)

närt, er wolle in diesem Augenblick der nationalen Krise in Persien bleiben. Der Ministerpräsident hat sein Rücktrittsgeheim zurückgezogen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Frankental, 20. Jan. Der sozialdemokratische Bürgermeister Dr. Friedrich und der dritte Bürgermeister wurden von der Regierung ihrer Ämter enthoben, weil bei ihrer Wahl gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen worden sei.

Das „Frankentaler Tagblatt“ ist auf drei Tage verboten worden.

Württemberg.

Stuttgart, 20. Jan. (Karl Reeff.) Im Alter von 85 Jahren ist Prof. a. D. Karl Reeff an den Folgen eines Beinbruchs gestorben. Reeff entstammt der bekannten Kaufmannsfamilie am Markt hier. Als im Jahr 1863 auf Anregung des weitsehenden Prälaten Kapff in Stuttgart das Amt eines Jugendgerichtlichen geschaffen wurde, wurde die Stellung dem jungen Wikar Reeff übertragen, der mit großem Eifer und viel Liebe an die neuen Aufgaben der inneren Mission ging. Bereits im Jahr 1864 wurde in Stuttgart der „Vehlingsfeierabend“ für stadtfremde Handwerker gegründet, aus der die „Herbergen zur Heimat“ hervorgingen, und der „Jünglingsverein, jüngere Abteilung“ für Bürgerkinder. Heute bestehen aus jenen Anfängen 3 Lehrlingsheime, ein Handwerkerhaus und 2 Herbergen zur Heimat in Stuttgart. Im Jahr 1876 ging Reeff als Professor zur A. I. an Stuttgart über und trat 1886 in den Ruhestand. Bis an sein Lebensende blieb er ein eifriger Förderer besonders der Jugendfürsorge. Am 13. Juni 1916 konnte er mit seiner Frau Maria, einer Tochter des bekannten Menschenfreunds Dr. med. August Hermann Werner in Ludwigsburg, die goldene Hochzeit feiern.

Stuttgart, 20. Jan. (Vom Tage.) Am Dienstagabend wurde das Tor der Volkshalle beim Öffnen von einem heftigen Wirbelwind erfasst und samt der Steinmauer auf die Straße geschleudert. Personen wurden nicht verletzt.

Die neuen Forderungen der Straßenbahner (300 Mark laufende Zulage und 30 Mark für jedes Kind) würden einen Kostenbetrag von 7 1/2 Millionen jährlich ausmachen. Die Gewerkschaft des Transportarbeiterverbandes erwartet, daß die Forderung restlos bewilligt werde, wenn die Direktion ernste Ereignisse vermeiden wolle.

Der Arbeiter Karl Seifert, der am Samstag seine Frau in Cannstatt ermordet hatte, ist heute früh im Hauptbahnhof in Stuttgart festgenommen worden.

Ludwigsburg, 20. Jan. (Zum Raubmord.) Die bei der Ermordung der Frau Elise Ludwig geraubte Handtasche und die kleine Ledergehaltstasche sind inzwischen gefunden worden und zwar die eine in der Siegesstraße, die andere in einem Garten der Uhlandstraße hier. Auch für die Person des Mörders haben sich gewisse Anhaltspunkte ergeben.

Leonbrunn OA. Bradenheim, 20. Jan. (Wahlangelegenheit.) Die Ortsvorwahl vom 9. ds. Mts. ist von dem Gegenkandidaten angefochten worden. Der bei der Wahl als Sieger hervorgegangene H. Köhle soll bei der Bewerbervorstellung verschwiegen haben, daß er katholisch ist.

Künzelsau, 20. Jan. (Landwirtschaftliche Löhne.) Eine Versammlung der landwirtschaftlichen Arbeitgeber des Bezirks, zu der rund 100 Arbeitgeber erschienen waren, hat nachstehendes einstimmig beschlossen: Neben Verdienst und Wohnung soll den landwirtschaftlichen Dienstboten jährlich folgender Barlohn, in dem der Wert etwaiger Zubehöre inbegriffen ist, verabfolgt werden: für große Knechte (Pferde, Stall- und Ochsenknechte) 3000—4500 Mk., für alle übrigen Knechte (mittlere und kleine Knechte) 1000—3000 Mk., für Dienstmägde 800—3000 Mk. Ein Diensthof hat neben dem festgesetzten Barlohn auch noch Anspruch auf Zubehöre. Weiter wurde einstimmig beschlossen, daß die Steuern der Dienstboten nicht der Arbeitgeber, sondern, wie gesetzlich bestimmt, der Arbeitnehmer bezahlt, ferner daß die Bezahlung des Krankengelds und der Invalidenversicherungsbeiträge, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist, je zur Hälfte durch den Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgt.

Hall, 20. Jan. (Ein mährischer Sohn.) Der schon vorbestrafte 24 Jahre alte ledige Arbeiter Otto Dauber hatte seinem in dürftigen Verhältnissen lebenden Vater die Summe von 2100 Mk. auf erschwerte Weise entwendet und das Geld in kurzer Zeit vergeudet. Die Strafkammer gab dem Untertel 1 Jahr Gefängnis.

Amstetten, OA. Geislingen, 20. Jan. (Brand.) In der Nacht zum Donnerstag brach auf unaufgeklärte Weise bei Anwaltsbaurer Jakob Thierer Feuer aus, das Scheuer, Wohnhaus und Stall und die angrenzende Scheuer des Kirchenbauers in Asche legte. Auch ein paar Stück Großvieh sollen verbrannt sein. Nur mit Mühe konnten die Nachbarhäuser gerettet werden. Die Weckerlinie von Geislingen und die Feuerwehren von Reuti und Hoftett halfen bei den Löscharbeiten.

Ulm, 20. Jan. (Blitzschlag.) Bei dem heftigen Gewitter, das sich gestern abend entlud, schlug der Blitz in den Schafstall des Metzgers Haag an der Straße nach Reuti. Die Feuerwehre von Reuti konnte die 50 Schafe retten, dagegen sind 600 Zentner Heu verbrannt. Das 15jährige Mädchen von Ehrenstein, das seit einem Gang zur Ortskrankenkasse vermisst wurde, ist wieder beigebracht. Es trieb sich in der Stadt herum.

Staubereun, 20. Jan. (Weberfall.) Bei Bühlerhausen wurde eine Frau von Nachtsheim auf der Landstraße zu Boden geschlagen und ihrer Geldtasche beraubt. Der Räuber besah sich aber dann eines Besseren; er entschuldigte sich und gab die Geldtasche zurück, er war sogar bei der Reinigung des Mantels beifällig.

Gaupheim, 20. Jan. (Guter Abschuß.) Das abgelaufene Geschäftsjahr 1920 brachte der Gewerkschaft eine ganz außerordentliche Ausdehnung. Die Mitglieder-

zahl stieg von 459 auf 588 mit einem eingezahlten Stammguthaben von 540 000 Mk. (gegen 370 000 Mk. Ende 1919). Die Bilanzsumme beläuft sich auf rund 11 Millionen (5.3). Der Gesamtumsatz beträgt 800 Millionen (265 Millionen) Mk.

Veitshausen, 20. Jan. (Vom Eierhandel.) Wie der „Allgäuer Volksfreund“ hört, ist von einem bekannten Herrn in der Nähe von Veitshausen ein glänzendes Eiergeschäft seit Aufhebung der Zwangswirtschaft auf Kosten der bezirksangehörigen Verbraucher betrieben worden. Seit 20. August v. J. bis Anfang ds. Jz. wurden rund 13000 Stück Eier, die zum größten Teil im Bezirk, aber auch in kleinerer Zahl in den Nachbarbezirken zusammengekauft worden sein sollen, an eine Mannheimer Firma um den Preis von 1.80 bis 2.80 Mk. verkauft, von wo aus sie zweifellos teilweise noch weiter, speziell in das besetzte Gebiet, gingen. Auch ein kleinerer Butterhandel, das Pfund zu 30 Mk., sollte die Kasse füllen. Anzeige an die Staatsanwaltschaft wegen Großhandels ohne Erlaubnis, Preisstreiberei, Kettenhandels u. a. ist erfolgt; 1500 Stück Eier, die zu 2 Mk. das Stück angekauft worden sein sollen, wurden beschlagnahmt.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 20. Jan. (Schlachtochmarkt.) Dem Donnerstagmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 41 Ochsen, 78 Färren (Bullen), 85 Stiere und Jungkälber, 155 Kühe, 84 Kälber und 81 Schweine. Bezahlt wurden für 1 Zentner Lebendgewicht bei Ochsen erste Qualität 800 bis 840, zweite 700—780, Färren (Bullen) erste 780—830, zweite 600—750, Stiere und Jungkälber erste 800—840, Kühe zweite 450—600, dritte 300—420, Kälber erste 1000—1050, zweite 900 bis 1000, dritte 800—900, Schweine erste 1100—1180, zweite 1050—1100, dritte 950—1000 Mk. Der Markt verlief langsam.

Mutmaßliches Wetter.

Ein neuer Hochdruck aus Südwesten verspricht wiederum keine längere Dauer. Am Samstag und Sonntag ist nach kurzer Aufbeiterung Schneefall zu erwarten.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 20. Jan.

In der gestrigen Nachmittagsitzung wurde die Aussprache über die Fürsorgeanstalten fortgesetzt. Abg. Köhler (Ztr.) forderte in den Anstalten eine sittlich-religiöse Erziehung. Abg. Kahn (Soz.) brachte Beschwerden gegen die Zustände auf dem Schwarzacher Hof vor. Justizminister Trunk erklärte, die Anstalt habe bei einem Besuch einen guten Eindruck gemacht, ebenso auch, was man über die Behandlung und Beförderung der Höglinge habe sehen können. Es sei angeordnet worden, daß durch die Staatsanwaltschaft in Mosbach über die Revolten auf dem Schwarzacher Hof ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werde. Abg. Klara Siebert (Ztr.): Den Anstalten müssen wir das Anrecht zur Erziehung zubilligen, wenn die Eltern versagen.

Nach kurzen Ausführungen der Abgg. Dr. Mayer-Karlsruhe (Dem.), Behner (Soz.) und Holdermann (Dem.) machte Oberregierungsrat Dr. Umhauer Mitteilungen über das Fürsorgeerziehungswesen. Es werde darauf Bedacht genommen, aus welchen Kreisen die Fürsorgezöglinge kommen. Außerdem sei eine seelische Beobachtungsstation für Zwangszöglinge geschaffen worden. In Flehingen will man die Anstaltsleitung einem pädagogisch geeigneten Arzte anvertrauen. Unterernährte Höglinge wurden nicht in den Anstalten gefunden.

Der Justizetat wurde angenommen.

Der Landtag befaßte sich in seiner heutigen Sitzung mit den Anforderungen für das Ministerium des Innern. Hierzu wurden verschiedene Anträge eingebracht, darunter solche auf Aufhebung der Landesbrennstoffstelle. In der Aussprache wurden zahlreiche Wünsche laut, u. a. wegen des Vorgehens der Polizei gegen verhaftete. Minister Kemme antwortete auf die verschiedenen Anregungen und führte aus, mit der Polizei könne man zufrieden sein, aber sie dürfe gegen wehrlose verhaftete Personen nicht mit Gummiknüppeln vorgehen. Die Getreideproduktion müsse gesteigert werden; ein Teil der Landwirte könne sich immer noch nicht auf die Bedürfnisse der Allgemeinheit einstellen. Buzzeit werde ein neues Umlageverfahren beraten.

Karlsruhe, 20. Jan. Im Hinblick auf die bevorstehende Einschränkung des Exportverkehrs ist im Landtag eine Anfrage eingebracht worden, was die Regierung zur Erhaltung der in Süddeutschland beliebten Beförderungsart zu tun gedenke.

Baden.

Karlsruhe, 20. Jan. In Abgeordnetenkreisen des Bad. Landtags werden als Nachfolger des zurückgetretenen Arbeitsministers Rädert folgende Personen genannt: Abgeordneter Stadtrat Maier-Heidelberg, 1. Vizepräsident des Landtags, ferner die früheren Landtagsabgeordneten Arbeiterssekretär Böttger in Mannheim und Stadtrat Dr. Engler in Freiburg, der bekanntlich als Staatsrat früher der badischen Regierung angehörte.

Karlsruhe, 20. Jan. Zu schweren Ausschreitungen kam es am Schluß der Reichsgründungsfeier. Eine Anzahl junger Leute hatte sich vor der Festhalle, in welcher die von der Staatsregierung veranstaltete Feier abgehalten worden war, eingefunden, die die Teilnehmer der Feier mit Schreien und Hohn empfingen, die Internationale sangen und schließlich die ruhig heimkehrenden Passanten überfielen, mit Fäusten und Gummiknüppeln bzw. Totschlägern bearbeiteten. Die Skandalmacher entkamen.

Die entomatischen Telephonräume im Hauptbahnhof mußten geschlossen werden, weil Diebe die Apparate samt den Rasten gestohlen hatten.

Bretten, 20. Jan. In Böfingen und Derbitten wurde sämtlicher Tabak zum Preis von 600 bis 700 Mk. für den Zentner verkauft.

Worzhelm, 20. Jan. Der Fahrradhändler Bette aus Hundswier wurde auf dem Heimweg von Nieder-Worzhelm in einer Hohlgaße überfallen und zu Boden geschlagen. Als er wieder zu sich kam, fehlte ihm sein Fahrrad und seine Brieftasche mit einem nicht unerheblichen Betrag.

Heidelberg, 20. Jan. Die Portland-Zementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart A. G. beschlossen die Erhöhung des Aktienkapitals von 22.60 Millionen auf 34 Millionen. Für das laufende Geschäftsjahr werden wieder 10 Proz. Dividende verteilt.

Heidelberg, 20. Jan. Der Landwirt Johann Fritz Fromm von Baumental hatte im Juli v. J. auf offenem Feld den Landwirt Ziegler erschossen und auf die älteste Tochter des Ziegler, mit der Fromm ein Verhältnis unterhielt, ebenfalls einen Schuß abgegeben, der den Tod des Mädchens herbeiführte. Wegen zweifachen Totschlags verurteilte das Schwurgericht Fromm zu 7 Jahren Gefängnis.

Dem Landwirt Ernst Ziegler in Sandhausen wurden 11 Ztr. Kartoffeln gestohlen, die er auf freiem Felde eingegraben hatte.

Eberbach, 20. Jan. Auf einem Dienstgang wurde der 50jährige Bahnwart Franz Brummer von Hirschhorn von einer Lokomotive erfaßt und getötet.

Mühlheim, 20. Jan. Am Dienstag den 1. Februar wird der Personenverkehr zwischen Mühlheim und Rühlhausen i. G. wieder aufgenommen. Es verkehren in jeder Richtung vier durchlaufende Personenzüge mit zweiter, dritter und vierter Klasse. Im Bahnhof Neuenburg erfolgt für jede Zugrichtung die deutsche und die französische Post- und Zollverladung.

Muggen (bei Mühlheim), 20. Jan. In dem nahen Ort Hach verhaftete die Gendarmerie den schon längst geflüchten Ein- und Ausbrecher Otto Herzbacher. Der Einbrecher hat seit seinem Ausbruch aus dem Zuchthaus schon zwei Morde auf dem Gewissen. Auf seine Ergreifung war eine Belohnung von 3000 Mark gesetzt.

Schlatt u. E. b. Engen, 20. Jan. Drei mit Masken versehene Einbrecher drangen in das Anwesen des Landwirts Amend Mosbruggen und verlangten mit vorgehaltenem Revolver Geld. Dem Besitzer des Hofs gelang es, zu entkommen und Hilfe zu holen. Die Einbrecher ergriffen daraufhin die Flucht und sind unerkannt entkommen, ohne etwas erbeutet zu haben.

Freiburg, 20. Jan. In einem hiesigen Hause starb der etwa 70jährige Oberleutnant a. D. Frhr. v. Rotberg die Treppe hinauf und war sofort tot. — Aus der Dreschan wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes gelandet. Dem Kind war der Hals durchschnitten.

Konstanz, 20. Jan. Der Silberschmuggel blüht besonders von Frankfurt am Main aus und schwingt sich dort mit ausländischem, meist tschechischem, Geld getrieben. Meist sind es Ausländer aus Polen, die das Geld nach Konstanz bringen, um es hier über die Grenze zu schaffen. In jüngere Zeit wurden hier drei Leute verhaftet, denen 5000, 1150 und 51 000 Franken abgenommen wurden. Weiter sind zwei Kraftwagen in denen 60 000 und 47 000 Franken über die Grenze gebracht werden sollten, beschlagnahmt. — Wegen Enttarfungsarbeiten befinden sich hier 20 Personen in Untersuchungshaft.

Lotales.

— **Die Demobilisations-Verordnungen.** Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat gegenüber den Versuchen des Hansabunds und einiger Industrieverbände, auf eine Aufhebung der Demobilisationsverordnungen hinzuwirken, an den würt. Landtag eine Eingabe gerichtet, er möge verhindern, daß die würt. Regierung bei der Reichsregierung derartige Einflüsse unterstützen. Es handelt sich in erster Linie um die Schutzverordnungen gegen ungerechtfertigte Entlassung von Angestellten und Arbeitern, sowie um die Freimachung von Stellen, Stilllegung der Betriebe usw. Der Landtag hat die Eingabe dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

— **Das Gefangenenlager Munningen** wird als letztes in Württemberg Ende Januar aufgelöst.

— **Wieder Verschuldung der Landwirtschaft.** Aus Kreisen der Landwirtschaft, die mit den Verhältnissen genau vertraut sind, wird uns geschrieben: Kenner unserer bäuerlichen Verhältnisse haben beobachtet, daß unsere Landwirtschaft schon wieder hier und da in die alte Schuldenwirtschaft hineinkommt. Als Beweis dafür dienen die Darlehensaufnahmen bei den ländlichen Kreditkassen, die Eintragung von Sicherungshypotheken und dergl. Der Grund für diese Erscheinung wird in den großen Verlusten durch die Maul- und Klauenseuche zu suchen sein, bei den Wintern in der Abschöpfung beim Wein infolge der zollfreien Einfuhr elässischer Weine, dann aber allgemein auch in der verkehrten Weinanlage, die vielfach zu beobachten sei.

— **Zweigstellen des Reichswanderungsamts.** Der Zweigstelle Freiburg des Reichsamts für Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung wurden die Bezirke der Landeskommissare in Konstanz und Freiburg und der Zweigstelle Mannheim die Bezirke Karlsruhe und Mannheim als Arbeitsgebiete zugewiesen.

— **Der Baum im Winter.** Bei fest gefrorenem Boden darf man keine Obstbäume düngen. Da die feinen Saugwurzeln, die die Nahrung aufnehmen, gewöhnlich am Stamm und um ihn herumliegen, so soll die Düngung nicht an diesem angebracht werden, sondern unter der Krone der Krone. Vor der Düngung ziehe man einen spaltenförmigen Graben um den Baum, damit auch die tieferliegenden Wurzeln einige Nahrung erhalten. Einen jungen Baum an die Stelle, von der eben erst ein alter entfernt wurde, zu setzen, ist nicht ratsam, da hier die Erde völlig ausgefugt ist. Geht es aber nicht anders, so hebe man die unrunder gewordene Erde entsprechend weit aus und fähre der so gewonnenen Baumgrube guten, kräftigen Boden zu.



Aus der Heimat.

Wildbad, den 21. Jan.

Zur Verhaftung des Herrn Oberlehrers Jung. Die juristische Belehrung, die „im Interesse der betroffenen Polizeiorgane“ in der gestrigen Nummer erteilt wurde, war vollständig deplaziert, weil es wohl in ganz Wildbad niemand geben dürfte, der der Polizei wegen der pflichtgemäßen Vollstreckung des Haftbefehls einen Vorwurf macht. Ich bin mir überdies nicht bewußt, der Polizei in meinen Ausführungen zu nahe getreten zu sein, vermute allerdings, daß sie hier von national denkenden Leuten das eine oder andere kritische Wort zu hören bekam. Da sie aber selbst nun die Art der Vollstreckung des Haftbefehls öffentlich erörtert, so darf ich wohl die von vielen Stellen geteilte Auffassung zum Ausdruck bringen, daß man darüber anderer Meinung als Herr t. sein kann. Die Regierung hat wiederholt schon erklärt, daß Verhaftungen mit ganz besonderer Sorgfalt vorzunehmen seien. Ob die Umstellung eines Hauses mit der gesamten Schutzmansschaft die Beherzigung dieser Vorschrift erkennen ließ, darüber überlasse ich der Allgemeinheit die Entscheidung. Herr Oberlehrer Jung sei kein deutscher Staatsangehöriger, meint Herr t. Die Elsäßer waren 50 Jahre lang deutsche Staatsangehörige, haben in Reih' und Glied mit uns ihr Blut für unser deutsches Vaterland vergossen, (zwei Brüder Jung brachten dem deutschen Vaterland ihr junges Leben zum Opfer, die Mutter Jung sorgte sich zu Tod, das ansehnliche, väterliche Gut zerfiel!), haben mit uns Leid und Freude getragen, und wenn sie nun durch den „Friedens-Vertrag“ von Versailles, also doch nicht durch ihre eigene Schuld, Zwangsfranzosen geworden sind, so betätigt eine deutsche Behörde, wenn sie von den Elsäßern als von Ausländern spricht, unerfreulicherweise eine Anerkennung dieses „Vertrages“, trotzdem wir doch als aufrechte, deutsche Männer die Erpressung unserer Unterschrift unter das Versailles Diktat als eine Unmoralität der sieglosen Sieger brandmarken und stets gegen sie protestieren müßten. Die Franzosen haben trotz des Frankfurter Friedensvertrages vom 10. Mai 1871 in den 50 Jahren deutscher Herrschaft in Elsaß-Lothringen die Reichslander niemals als — Ausländer, sondern erst als Bürger Frankreichs bezeichnet. Diese Konsequenz der Stellungnahme imponierte mehr als die Haltung der deutschen Behörde, die sich heute ängstlich duckt vor jeglicher Arroganz des Auslandes! — Daß die hiesigen Polizeiorgane an der „Wiederentweichung“ des „Mordbrenners“ Jung aus dem Amtsgerichtsgebäude Neuenbürg keine „Schuld“ trifft, brauchte nicht besonders hervorgehoben zu werden. Man war auch ohnedies davon überzeugt! Und nun ein uns sicher alle einigendes Schlußwort: Dem Flüchtling ein herzliches Gott befohlen!

Verhaftung des Hauptlehrers Jung. Der Bericht hierüber in Nr. 14 ds. Bl. bedarf einer sachlichen Berichtigung. Die Behauptung, daß die Verhaftung „unter Aufgebot der gesamten Schutzmansschaft“ erfolgte, ist falsch. Nur Schumann Schraft und Rath waren auf Ansuchen des Landjägers Ebert diesem bei der Verhaftung dadurch behilflich, daß sie sich beim Gasth. z. Graf Eberhard beobachtet aufstellten. Dies geschah ohne Wissen und ohne Auftrag des Stadtschultheißenamts und des Polizeiwachmeisters, die beide mit der Verhaftung Jungs nichts zu tun hatten. Der Haftbefehl kam direkt von der Staatsanwaltschaft an Landjäger Ebert. Das Stadtschultheißenamt bekam den Haftbefehl gar nicht zu Gesicht.

Zum Fall Jung. Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Ueber die Verhaftung des Oberlehrers Eugen Jung der Reformlehranstalt in Wildbad ist folgendes festzustellen: Die französische Botschaft in Berlin hat beim Auswärtigen Amt die vorläufige Festnahme des früheren kath. Geistlichen Eugen Jung beantragt, gegen den vom Landgericht in Zabern Haftbefehl wegen Mordversuch und Brandstiftung erlassen worden sei. Der Auslieferungsantrag und die Ausreisepapiere sollen nach den Mitteilungen der französischen Regierung nachfolgen. Das Auswärtige Amt hat den Antrag an die zuständigen württ. Stellen weitergeleitet und das Justizministerium zur vorläufigen Festnahme des Jung autorisiert. Eine Prüfung des Falls kann erst nach Eingang der Ausreisepapiere erfolgen. Die strafbaren Handlungen, deren Jung beschuldigt wird, sind nach den zwischen Frankreich und Württemberg bestehenden und seit Anfang des Jahres wieder in Kraft getretenen Auslieferungsvertrag von 1853, Auslieferungsdelikte. Jung bestreitet nicht, franz. Staatsangehöriger zu sein. Er ist nach seiner Festnahme dem Amtsgericht Neuenbürg vorgeführt worden u. von dort wieder entlassen. Die ganze Angelegenheit hat mit dem Friedensvertrag nur insofern etwas zu tun, als Frankreich auf Grund einer Bestimmung des Friedensvertrags die Wiederin kraftsetzung des Auslieferungsvertrags verlangt hat. Nachdem nun der Auslieferungsvertrag in Kraft ist, hatten die Reichsregierung und württ. Behörden keine andere Wahl, als dem Verlangen Frankreichs nachzugeben und den strafbaren Handlungen beschuldigten Jung festnehmen zu lassen. Die Auslieferung an Frankreich wäre selbstverständlich erst nach Eingang und Prüfung der Ausreisepapiere erfolgt.

Wirempfehlen

- Reines amerik. Schweineschmalz per Pfd. 17.—
- Feines Speisefett per Pfd. 16.—
- Cocosfett offen, per Pfd. 16.—
- Estol in Tafeln, per Pfd. 16.—
- Feinste Schmelz-Margarine per Pfd. 14.—
- ff. Salat-Oel offen, per Ltr. 24.—
- i. Fl. $\frac{1}{2}$ Ltr. 20.—
- i. Fl. $\frac{1}{4}$ Ltr. 11.—

Ia. Gebr. Kaffee reinschmeckend, per Pfd. 25.—

Malzkaffee per Pfd. 3.90.

ff. Cacao p. Pfd. 20.— u. 22.—

Feinste (Eierware) **Maccaroni, Spaghetti Hörnle, Supp.-Nudeln** per Pfd. 10.—

Gemüse-Nudeln per Pfd. 9.—

Voll-Reis per Pfd. 4.— u. 4.50.

Manioka-Gries per Pfd. 4.—

ff. Maisgries gelb u. weiß, Pfd. 4.—

Linsen per Pfd. 4.—

Erbsen, geschält gelb u. grün, Pfd. 3.—

Suppenwürfel 25, 50 und 60 Pfg.

Feigen, Zwetschgen, Birnenschnitze, Aepfelschnitze billigt.

Steril. Milch ohne Zucker, Dose 9.50.

Bän. Sahne Flasche 7.—

Auslands-Zucker per Pfd. 11.—

Marmelade, offen per Pfd. 4.80.

„Helvetia“ u. franz. **Marmelade I. Glas** in reicher Auswahl.

Zwiebeln per Pfd. 80 Pfg.

Speise-Salz per Pfd. 30 Pfg., 100 Pfd. 25.—

Ia. Sauerkraut per Pfd. 50 Pfg.

Neue gr. Salzheringe Stück 1 Mt. (Papier ist mitzubringen).

Pfannkuch & Cie.

Turn-Verein Wildbad.

Heute abend 8 Uhr **Tanzstunde**

für Turner und Jöglinge. Der Turnwart.

Heute abend 8 Uhr **Ausschuß-Sitzung**

in der „Eintracht“. Vollzähliges Erscheinen ist dringend nötig.

Der Vorstand.

Alle im Jahre

1871

Geborenen,

werden zu einer Besprechung auf Samstag abend in das Cafe Bechtle freundlichst eingeladen.

Mehrere 1871er.

Für Gottlieb Faas trifft demnächst ein Waggon Anthrazit-Eiform-Briketts

ein. Bezugscheine hierfür können auf dem Lebensmittelamt abgeholt werden.

Am Samstag, den 22. Januar ist **schönes fettes Kalbfleisch** per Pfund 10 Mt. zu haben bei **Hermann Schmid.**

W. B. P. Ortsverein Wildbad.

Der Calmbacher Ortsverein hat unsere Mitglieder zum **Lichtbilder-Vortrag** des Generals François über: **„Schlacht bei Tannenberg“** — Samstag abends 8 Uhr Kronensaal — eingeladen. Teilnehmer sammeln sich, hoffentlich recht zahlreich, 6.48 Uhr am Bahnhof.

Montag abend 8 Uhr **Singstunde** für die Frauen. (Rose Pilgerfahrt). J. A. Schweizer.

Winterschuhwaren-Räumungs-Verkauf

zu bedeutend ermäßigten Preisen. Kamelhaarschuhe und Schnallentiefel, Fellschnalleastiefel mit und ohne Lederbesatz, verschiedene Hausschuhe in allen Größen, solange Vorrat ausreicht. **Hermann Lutz, Schuhgeschäft, Wildbad.**

Ein Vermögen

ersparen Sie, wenn Sie Ihre Fußböden gleich welcher Art, mit dem **Spanischen Fournierwachs**

herrichten lassen, oder damit selbst herrichten wollen, da nach einmaliger Herrichtung der Fußböden, ob alt oder neu, Parkett, Pflaster, Dielenböden, kein Spähen, kein Abziehen noch sonstiges Putzen mehr nötig ist. Jahrelang haltbar, gibt einen wunderbaren Spiegelglanz. Dasselbe Wachs wurde schon 15 Jahre in Friedenszeiten verwendet. Die ersten Fußböden, welche von mir vor 15 Jahren hergerichtet wurden, sind noch wie neu, ohne jegliches Putzen, nur durch Nachtragung in der Zeit von 5—6 Monaten ohne vorheriges Putzen. Jeder preiswürdige Boden wird schön und glatt. Hier in Pforzheim und Umgebung ist dieses Wachs schon sehr viel in Verwendung, auch habe ich hier und Umgebung schon viele Fußböden damit selbst hergerichtet. Dieses Wachs ist in 4 Sorten erhältlich, ganz dunkel, ganz hellgelb und schneeweiß, auch für Linoleum und Möbel zu verwenden.

Aufträge zur Herrichtung der Böden werden bei billiger Berechnung stets entgegenommen. Auskunft wird gerne erteilt. Zuschriften erbeten an **Radius, Schreiner u. Parkettleger,** Pforzheim, Gymnasiumstr. 28, oder nähere Auskunft im Kontor ds. Blattes.

Inferiert im Tagblatt!

Geflügel- und Schweine-Futter

ganzer Mais 10 Pfd. M 22.— 100 Pfd. M 210.—

Maisschrot grob und Maismehl 10 Pfd. M 23.— 100 Pfd. M 220.—

Maisfuttermehl 10 Pfd. M 18.— 100 Pfd. M 170.—

Brockmann's Futterkalk empfehlen

Pfannkuch & Cie.

Die glückliche Geburt eines gesunden kräftigen Mädchens zeigen hoch erfreut an **Otto Nießmann u. Frau, geb. Schöbert.** Den 17. Jan. 1921.

Warnung!

Indem mir meine Frau ohne jeglichen Grund entlaufen ist, möchte ich jedermann dringend warnen, ihr irgend etwas auf meinen Namen zu geben, da ich für nichts hafte. **Ludwig Henzler.**

Samen-u. Pflanzen-Katalog

ist erschienen u. steht auf Anfragen franko u. gratis zu Diensten. **Wilh. Pfitzer, Stuttgart Samenhandlung und Gärtnerei.**

Betröste

werden zu kaufen gesucht wenn auch reparaturbedürftig. Näheres in der Tagblatt geschäftsstelle.

LIEDERKRANZ

Wildbad. Samstag abend 8 Uhr **Probe**

im Lokal. Wichtiger Angelegenheiten wegen erwartet vollzähliges Erscheinen

Möbel

speziell ältere, gut erhaltene (auch reparaturbedürftig) sowie Altentwürfe. Kauf zu den höchsten Preisen. **Kunstldg. Bauman**

Damen

gebrauchen bei Störungen sofort die Präparate mit voller Garantie einer erfahrenen Französischen Knechtel müssen schwächen, wenn Sie sich die frohwilla, berallchen, notariell beglaub. Dankschreiben neuest. Dat. kostenlos gegen Rückporto kommen lassen. Wenn Sie wollen, bestellen Sie sofort in Zuversicht, Bedienung garantiert per Nachnahme. **Frau Paula Dombrowski** A. 632, BERLIN SW. 11. Schönbergstr. 6.